

Städtische Deputation für Kultur			
19. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2015-2019			
Protokoll der Sitzung am 16. Mai 2018			
Sitzungstag: Mittwoch	Sitzungsbeginn: 15:25 Uhr	Sitzungsende: 17:58 Uhr	Sitzungsort: Handwerkssaal der Handwerkskammer, Ansgaritorstr. 24, 28195 Bremen

Tagesordnung:

TOP 1:	Genehmigung der Tagesordnung	
TOP 2:	Kenntnisnahme des Protokolls der letzten Sitzung	
TOP 3:	Beschäftigungsverhältnisse an Volkshochschule Bremen und Musikschule Bremen verbessern, Antrag der Fraktion Die Linke vom 8. Juni 2017 – Bericht und Antrag der städtischen Deputation für Kultur	Drs. 19/514S
TOP 4:	Verlängerung des Betriebsmittelkredites für die Theater Bremen GmbH	Vorlage 126
TOP 5:	Aufarbeitung der Beraubung der jüdischen Bevölkerung in Bremen – Strategiepapier Projekt Erinnerungsarbeit	Vorlage 127
TOP 6:	Ausschreibung Festival an der Weser	Vorlage 128
TOP 7:	Einsatz von Mitteln für die junge Szene	Vorlage 129
TOP 8:	WLAN-Ausstattung der Museen – durch die Stadtbürgerschaft überwiesener Antrag der Fraktion CDU	Vorlage 130
TOP 9:	Europäisches Kulturerbejahr 2018 – Programm in Bremen	Vorlage 131
TOP 10:	Wahl eines Mitglieds in den Stiftungsrat der Stiftung zur Förderung des künstlerischen Nachwuchses (st art JUGEND KUNST STIFTUNG BREMEN)	Vorlage 132
TOP 11:	Verschiedenes	
	Vorstellung Kulturambulanz	

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Herr Pirooznia merkt an, dass ihm zu TOP 6 lediglich eine Tischvorlage vorliege. Da er diese noch nicht gelesen habe, könne er so keine Beratungen zu dem Thema führen. Er bittet darum, dieses Thema in die nächste Sitzung zu verschieben.

Herr Rohmeyer schließt sich diesen Ausführungen an.

Frau Strunge bittet als Vorsitzende der Deputation darum, das Thema trotzdem kurz aufzurufen und im Juni dann detaillierter zu besprechen. Herr Pirooznia bittet darum, dass eine Behandlung in jedem Falle noch vor den Sommerferien erfolgen solle.

Staatsrätin Emigholz erklärt, dass sie es für wichtig halte, dass sich die Deputierten mit der Vorlage auseinandersetzen könnten. Daher plädiere auch sie dafür, das Thema heute von

der Tagesordnung zu nehmen und in der kommenden Sitzung erneut aufzurufen. Frau Strunge betont, dass dieser Tagesordnungspunkt heute nur kurz aufgerufen und im Juni genauer besprochen werden solle. Die Deputation für Kultur genehmigt die Tagesordnung.

TOP 2: Kenntnisnahme des Protokolls der letzten Sitzung

Die Deputation für Kultur genehmigt das Protokoll der letzten Sitzung.

TOP 3: Beschäftigungsverhältnisse an der Volkshochschule Bremen und Musikschule Bremen verbessern, Antrag der Fraktion Die Linke vom 8. Juni 2017 (Drs. 19/514 S) – Bericht und Antrag der städtischen Deputation für Kultur

Dr. Mackeben weist darauf hin, dass der versandte Bericht im oberen Abschnitt auf S. 2 um den Passus „Zum 01.10.2017 sei jedoch bereits eine Erhöhung der Honorare der unteren Honorarstufen (Einzelunterricht bzw. Unterricht von 2 Personen) um 4 € bzw. 2 € pro Unterrichtseinheit in Kraft getreten. Die Finanzierung sei über das Budget der Musikschule sichergestellt worden“ ergänzt worden sei.

Die Deputation stimmt dem vorliegenden Bericht und Antrag der städtischen Deputation für Kultur mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen, gegen die Stimme der Fraktion Die Linke und bei Enthaltung der Fraktionen der CDU und der FDP zu.

TOP 4: Verlängerung des Betriebsmittelkredits für die Theater Bremen GmbH

Frau Strunge fragt nach, wo genau der Zusammenhang zwischen dem Betriebsmittelkredit und den Altschulden des Theaters sei. Herr Kindscher erklärt, dass es sich dabei um keine getrennten Posten handele. Mit dem Kredit werden sowohl Theaterproduktionen vorfinanziert als auch die Altschulden aus der Zeit vor der Intendanz/Geschäftsführung Börgerding/Helmbold finanziert. Durch die wirtschaftlich erfolgreiche Arbeit habe sich der Kreditbedarf des Theaters allerdings reduziert. Herr Pirooznia lobt die gute Theaterarbeit und begrüßt die geplante Verlängerung des Betriebsmittelkredits.

Staatsrätin Emigholz würdigt die hervorragende Arbeit des kaufmännischen Geschäftsführers des Theaters, Michael Helmbold .

Die Deputation für Kultur beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und Die Linke bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und FDP:

Die Deputation für Kultur beschließt die Kreditverlängerung um 4,5 Jahre und bittet den Senator für Kultur um haushaltsrechtliche Umsetzung mit einer Befassung des Haushalts- und Finanzausschusses am 01.06.2018.

TOP 5: Aufarbeitung der Beraubung der jüdischen Bevölkerung in Bremen Strategiepapier Projekt Erinnerungsarbeit

Staatsrätin Emigholz verweist auf das vorliegende Strategiepapier, welches angesichts der breiten gesellschaftlichen Beteiligung und Forschung das Feld in Teilaspekten beschreibe. Zunächst sei es das Anliegen gewesen, so verschiedene Partner wie die jüdische Gemeinde und die Handelskammer zusammenzubringen und einen Interessenausgleich herzustellen. Das vorliegende Papier ersetze keinesfalls den gesamten Prozess des Erinnerungskonzeptes in Bremen, sondern ergänze vielmehr den gegenwärtigen Prozess der Errichtung des Mahnmals.

Somit handele es sich um einen Vorschlag, man sei offen für weitere Ergänzungen und Anregungen.

Frau Wargalla begrüßt das vorliegende Strategiepapier sowie die Einbeziehung von jüdischer Gemeinde und Handelskammer. Nun wünsche sie sich, dass daraus aktive und konkrete eigene Schritte der Handelskammer zur Aufarbeitung entstünden. Sie rege an, weitere Partner wie etwa den Verein Erinnern für die Zukunft oder den Denkort Bunker Valentin, einzubeziehen.. Sie finde zudem eine stärkere Fokussierung auf das Thema „Mahnmal“ wünschenswert; das beschriebene kulturpädagogische Aufarbeitungsprojekt sei ein guter Ansatz. Das Thema Antisemitismus sei heutzutage wieder in der Mitte der Gesellschaft angekommen, daher sei es sinnvoll, sich mit den Bemühungen nicht nur auf die Jugend zu fokussieren, sondern unterschiedliche Zielgruppen auf differenzierte Arten anzusprechen. Dafür sei es ratsam, die Landeszentrale für politische Bildung einzubinden.

Herr Gottschalk begrüßt das vorliegende Strategiepapier als einen Beitrag der Erinnerungskultur. Mit diesem Papier solle eine vertiefte Gedenkarbeit angeregt und angestoßen werden. Er halte es für wichtig, speziell das Gedenken an die Beraubung der jüdischen Bevölkerung im Nationalsozialismus in die Erinnerungsarbeit mit aufzunehmen. Bereits jetzt gebe es eine Reihe von Akteur/innen, somit werde es neue Querverbindungen geben. In diesem Feld dürfe es keine Verordnungen von oben geben. Er begrüße die vorliegenden kulturpädagogischen Ansätze, aber es gebe noch Bedarf in der Forschung, um weitere Schlussfolgerungen ziehen zu können. Das vorliegende Papier sei ein wichtiger Beitrag zu einer Entwicklung, die noch nicht abgeschlossen sei.

Frau Strunge dankt ebenfalls für das Papier und bittet um die Weitergabe von Anregungen aus der heutigen Sitzung an die Verfassergruppe. Das vorliegende Papier sei noch sehr allgemein gehalten und bedürfe der Schärfung. Es sei ihrer Ansicht nach wichtig, den Raub jüdischen Eigentums in Bremen noch mehr in den Fokus zu nehmen. Ihrer Auffassung nach bestünde der erste Schritt darin, sich damit auseinanderzusetzen, was Arisierung war und wie es sich darstellen und vermitteln lässt. Im Nachgang sei dann zu bedenken, welche Lehren daraus für die Zukunft gezogen werden könnten. Frau Strunge wünsche sich eine stärkere Fokussierung auf das in Planung befindliche Mahnmal. Sie bemängele, dass das Wort Antisemitismus nur einmal im Strategiepapier vorkomme. Das spezifische Leid jüdischer Menschen müsse stärker herausgearbeitet werden. Im vorliegenden Papier werde der Bezug zum Antisemitismus nur im Bereich Flüchtlinge und Migration angeführt.

Herr Rohmeyer dankt für die konstruktive Debatte und wirft die Frage auf, wie das Strategiepapier in die bestehende Arbeit und neue, nötig gewordene Aktionsformen gegen Antisemitismus eingebettet werden könne. Für viele Jugendliche sei heute überhaupt kein Bezug mehr zum Thema Antisemitismus vorhanden. Er schlage vor, dass dieses Thema gemeinsam mit der Senatorin für Bildung jugendgerecht aufgearbeitet werden müsse. Hier seien auch die Berufsschulen nicht aus den Augen zu verlieren; über eine Beteiligung dieser Schulform habe zuletzt doch ein Konsens der einzelnen Fraktionen bestanden. Der Standort eines Mahnmals sei für ihn kein Diskussionsgegenstand mehr. Vielmehr solle die Senatorin für Kinder und Bildung Kontakt zum Verein „Erinnern für die Zukunft“ aufnehmen und die Landeszentrale für politische Bildung einbeziehen. Die Erinnerungsarbeit müsse personell so ausgestattet werden, dass diese Arbeit kontinuierlich weiterlaufe und auch geleistet werden könne. Die Themen Rassismus und Antisemitismus seien nicht voneinander zu trennen. Die historischen Ereignisse dürften sich niemals wiederholen. .

Frau Dr. Kroh begrüßt das Papier ebenfalls und fragt, ob ein Konzept für die Erinnerungsarbeit für das gesamte Land Bremen erarbeitet werden könne. Eine Multiperspektivität sei für sie im vorliegenden Papier nicht differenziert erkennbar. Es sei wichtig, auch die Erfahrungen aus dem kulturpädagogischen Bereich des Denkortes Bunker Valentin in die Planungen mit einzubeziehen. Sie rege an, Schülerinnen und Schülern einen kostenfreien

Besuch des Bunkers Valentin inklusive der Fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu ermöglichen. Hier sei zu überlegen, ob dafür nicht pädagogische Stellen beim Bunker geschaffen werden könnten, so Frau Dr. Kroh.

Herr Drechsel betont, dass für ihn das Strategiepapier ein positiver erster Schritt sei, das deutlich mache, was warum getan werde. Man solle es nicht überstrapazieren. Es stelle sich die Frage, wie Erinnerungsarbeit erfolgen könne. Die Gesellschaft könne nicht vorgeben, wie sich die Jugendlichen erinnern sollen, sondern nur den Impuls geben, dass es wichtig sei, sich zu erinnern. Er halte einen Aufruf an die bremische Kulturszene, sich in diesen Prozess mit eigenen Ideen einzubringen, für sinnvoll.

Staatsrätin Emigholz erläutert, Grundlage des Projekts sei es gewesen, dass sich die Beteiligten mit der jüdischen Gemeinde und der Handelskammer verständigt hätten, mit Hilfe des Staatsarchivs vorhandenes Archivmaterial zu sichten. Hierbei sei die Beteiligung der bremischen Wirtschaft und der Handelskammer zu würdigen. Es sei wichtig, das Thema in der gesamten Gesellschaft zu verankern und dabei auch Prozesse des lebenslangen Lernens im Blick zu behalten.

Staatsrätin Emigholz dankt den Deputierten für ihre Anregungen. Sie bietet ihnen eine interne Sonderveranstaltung zum Thema Antisemitismus an, zu der Akteur/innen des Denkmals Bunker Valentin, der Landeszentrale für politische Bildung und des Vereins „Erinnern für die Zukunft“ eingeladen werden sollten, um mit ihnen gemeinsam über die Anforderungen eines Erinnerungskonzeptes zu diskutieren. .

Frau Wargalla erklärt, dass sie eine öffentliche Veranstaltung begrüße und dies auch Thema eines Antrags ihrer Fraktion zum Thema sei. Staatsrätin Emigholz entgegnet, dass es ihrer Meinung nach keine öffentliche Anhörung geben solle, sondern die Thematik zunächst weiter ausgelotet werden müsse. Herr Pirooznia regt an, die ergänzenden Punkte zu verschriftlichen und als Anlage zum Protokoll zu verschicken. Staatsrätin Emigholz sagt dies zu.

Die Deputation nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 6: Ausschreibung Festival an der Weser

Herr Dr. Mackeben weist vorab darauf hin, dass es in dieser Sitzung auf Grund des Abstimmungsprozesses mit dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nur eine Tischvorlage zum Thema Breminale gebe. Das Ziel sei es, weiterhin in Richtung einer Ausschreibung zu gehen. Daher werde es ein Interessenbekundungsverfahren geben, in dem die WFB Wirtschaftsförderung Bremen und der Senator gemeinsam die eingereichten Konzeptionen diskutieren. Es sei aber darauf hinzuweisen, dass die WFB ein eigenes Verfahren mit eigenen Regularien durchführe. So sei die Frist für das Verfahren der WFB für das Jahr 2019 bereits abgelaufen. Er schlage daher vor, beim ursprünglich in der Deputation verabredeten Verfahren zu bleiben und die Breminale 2018 auszuwerten, um im Anschluss ein Interessenbekundungsverfahren anzuwenden, welches auch neuen Akteur/innen die Möglichkeit eröffne, sich zu beteiligen.

Frau Strunge bedauert, dass es zu dem Tagesordnungspunkt nur eine Tischvorlage gebe. Laut dem vorliegenden Papier sei eine öffentliche Ausschreibung des Festivals erst für das Jahr 2020 vorgesehen. Das sei ihrer Ansicht nach ein Problem. In der Deputationssitzung im März 2018 sei es Konsens gewesen, dass bereits für 2019 ausgeschrieben werden solle. Der Fristablauf bei der WFB sei aber bekannt gewesen. Eine Ausschreibung erst für 2020 schaffe ihrer Ansicht nach Fakten für das kommende Jahr, man habe sich jedoch auch für 2019 schon einen offenen Prozess gewünscht.

Herr Pirooznia erklärt, dass sich im Vorfeld die Deputation dafür ausgesprochen habe, dass für 2019 offen ausgeschrieben werde, die jetzige Situation halte er für ein Problem.

Frau Wargalla betont, dass es ihrer Meinung nach nicht akzeptabel sei, dass für 2019 keine öffentliche Ausschreibung mehr durchgeführt werden könne. Sie hoffe auf eine andere Lösung. Zudem sei die Tischvorlage in den Aussagen schwammig, die Kriterien der Vergabe seien hier nicht klar benannt.

Herr Rohmeyer merkt an, dass die Tischvorlage auf den 2. Mai datiert sei, und fragt, wieso man diese erst jetzt in schriftlicher Form erhalte. Er fragt, ob es etwaige Diskussionen innerhalb der Koalition dazu gegeben habe und ob das Wirtschaftsressort an dieser Vorlage beteiligt gewesen sei. Das Thema Breminale sei in den vergangenen Monaten ausgiebig behandelt worden. Konsens sei gewesen, dass man erst die Breminale 2018 auswerte und nicht vorab durch eine zu frühe Ausschreibung schon Fakten wolle. Er habe Verständnis dafür, dass die WFB nach eigenen Regeln handle; offenbar sei sie nicht auf die Beschlüsse aus der Kulturdeputation hingewiesen worden. Eine Bindung des Festivals an den Namen Breminale sei augenscheinlich nicht mehr vorgesehen. Er frage daher das Kulturressort, wie genau es überhaupt mit dem Festival weitergehen solle und ob es überhaupt eine detaillierte Veranstaltungsplanung gebe. Seiner Meinung nach sei auch eine städtische Organisation als Veranstalter denkbar. Er bitte um eine neue überarbeitete Vorlage für die nächste Sitzung und frage, ob es für 2019 eine alternative Planung gebe.

Herr Senkal erklärt, dass es Konsens in der Deputation gewesen sei, zunächst die Breminale 2018 auszuwerten. Dies sei noch offen. Von den Fristen der WFB höre er zum ersten Mal. Er sehe im Verfahren, zunächst die diesjährige Breminale zu bewerten und dann das weitere Vorgehen festzulegen, keinen Widerspruch zur bisherigen Haltung der Deputation. Er begrüße ein offenes Ausschreibungsverfahren. Selbstverständlich sei es denkbar, dass ein anderer Veranstalter / eine Veranstalterin zum Zuge komme.

Staatsrätin Emigholz erklärt, dass es sich hier lediglich um eine Verfahrensergänzung handle. Sie verweist auf die Debatte des letzten Jahres, die gedroht habe, die Breminale insgesamt zu beschädigen, und sie halte es nach wie vor für richtig, dass sich die Deputation vor die Breminale gestellt habe. Im Oktober 2017 habe es seitens der Deputation den Auftrag an die Kulturbehörde gegeben, dass die Breminale 2018 stattfinden solle. Das gefundene Ergebnis sei hinlänglich bekannt, der Veranstalter habe seine Konzeption in nicht-öffentlicher Sitzung dargelegt. Im Anschluss an die Auswertung der diesjährigen Breminale solle geprüft werden, ob eine Ausschreibung möglich und sinnvoll sei oder nicht. Sie weise jedoch daraufhin, dass für ein Festival in der Größenordnung der Breminale nur hochprofessionelle Akteur/innen in Frage kämen. Denkbar sei auch eine gemeinsame Ausschreibung mit der WFB. Man müsse sich auch Gedanken darüber machen, ob zukünftig ein anderer Festivalauftrag bzw. eine konzeptionelle Neuausrichtung denkbar sei. Bis dahin bleibe man allerdings strikt im verabredeten, transparenten Verfahren: Die Breminale 2018 werde ausgewertet und das Ergebnis in der Kulturdeputation erörtert. Im Anschluss sei ein Verfahren mit verschiedenen Varianten denkbar. Es gebe somit eine klare Diktion, man bewege sich im Plan, aber es gebe eben auch Grenzen der Spielräume. Zur Frage einer Ausschreibung gebe es mit dem Senator für Wirtschaft keinen Dissens. Die Namensrechte hat der bisherige Rechteinhaber an einen anderen, wiederum privaten, Rechteinhaber übertragen.

Herr Drechsel betont, es brauche ein schriftliches, belastbares Konzept für die Zeit ab 2019, und dafür sei eben auch ein Beitrag der WFB nötig. Eine neue, veränderte Breminale, sei erst ab 2020 umsetzbar. Nach Lage der Dinge sei dies logisch und zielführend. Wichtig sei seiner Meinung nach nicht der Name, sondern ein nachhaltiges inhaltliches Konzept. An der Finanzierung könne sich die WFB gerne höher als bisher finanziell beteiligen. Zugleich sei zu klären, wie sichergestellt werden könne, dass auch im Jahr 2019 eine Breminale stattfinden könne.

Frau Strunge betont, dass es sich bei der Neuausschreibung um eine offene Ausschreibung handeln solle, so dass sich jeder und jede bewerben könne. Leider würden für 2019

bereits Fakten geschaffen. Sie fragt, ob das Festival ggf. aus einer Hand finanzierbar sei, da die Abhängigkeit von der WFB die Kulturdeputation in ihren Handlungsmöglichkeiten einschränke. So sei keine eigene Akzentsetzung möglich.

Frau Steineke (Stadtkultur) fragt, was genau ausgeschrieben werde und wer ausschreibe. Sie möchte wissen, wer genau die Entscheidungsträger seien.

Herr Pirooznia unterstützt den Vorschlag, dass zunächst die Veranstaltung von 2018 evaluiert und bewertet werden solle. Der zweite Schritt wäre eine offene Ausschreibung für 2019 gewesen. Wenn die Ausrichtung für 2019 noch nicht vereinbart worden sei, wie könne die WFB dann jetzt schon Mittel für 2019 vergeben, ohne die Position des Kulturressorts zu kennen.

Herr Dr. Hodonyi dankt Frau Steineke für ihren guten Hinweis zu den Kriterien der Ausschreibung. Man solle in der Deputation noch einmal über die Kriterien sprechen.

Frau Wargalla pflichtet Herrn Dr. Hodonyi bei. Ihrer Meinung nach sollten die Förderstrukturen nochmals überdacht werden, eine mögliche Loslösung von dem Namen sei ihrer Meinung nach gut.

Herr Rohmeyer fragt nach dem genauen Ausschreibungszeitraum und den Kriterien ab 2020. Er schläge vor, zur nächsten Sitzung der Kulturdeputation einen Vertreter der WFB einzuladen.

Staatsrätin Emigholz erläutert, dass ausgeschrieben werden könne, das Verfahren der WFB aber bis Ende der Legislaturperiode festgelegt sei. Der Sachstand sei klar definiert, es gebe gezielte Absprachen zwischen WFB und Kulturressort. Zur Anmerkung von Frau Strunge entgegnet sie, dass es auch bei einer offenen Ausschreibung nur wenige Bewerber gebe, die ein Festival dieser Größenordnung ausrichten könnten. Frau Strunge bittet um eine aktualisierte Vorlage zur nächsten Deputationssitzung.

Die Deputation beschließt einstimmig:

1. Die Deputation nimmt den Bericht zur Kenntnis.
2. Die Deputation bittet den Senator für Kultur um einen erneuten Sachstandsbericht, sobald eine Bewertung eingehender Konzepte durch den Senator für Kultur und die Wirtschaftsförderung Bremen erfolgt ist.

TOP 7 Einsatz von Mitteln für die junge Szene

Frau Strunge begrüßt, dass es noch finanzielle Restmittel für dieses Jahr gebe. Diese Gelder sollten ihrer Meinung nach jungen Akteuren neue Möglichkeiten eröffnen. Nun solle laut Vorlage jedoch ein Teil der Gelder an das Bremer Kriminaltheater gehen. Sie halte diesen Vorschlag zwar für gut, dies entspreche aber nicht der ursprünglichen Intention. Trotzdem werde sie dem Beschlussvorschlag so zustimmen. Sie beantrage jedoch, die dann noch offenen 5 TEUR an das Projekt „Irgendwo“ des Vereins Kulturbeutel e.V. zu vergeben.

Frau Wargalla schließt sich diesem Vorschlag von Frau Strunge an. Auch ihre Fraktion werde der Vorlage so zustimmen, der Fokus sei aber verstärkt auf die junge Szene zu richten. Der Verein Kulturbeutel könne mit diesen verhältnismäßig geringen finanziellen Mitteln viel ermöglichen.

Herr Bolayela begrüßt die Vorlage und schlägt für die Verwendung der noch offenen finanziellen Mittel die Unterstützung eines Gospel-Wochenendes am 18. und 19. August vor. Ein entsprechender Antrag sei in Vorbereitung. .

Auch Herr Drechsel begrüßt die Vorlage. Seiner Meinung nach sei es gut, dass das Bremer Kriminaltheater unterstützt werde, daher stimme er diesem Vorschlag zu. Die von Frau Strunge und Herrn Bolayela gemachten Vorschlägen müssten noch weiter beraten werden.

Staatsrätin Emigholz betont, dass es eine bewusste Entscheidung gewesen sei, das Bremer Kriminaltheater mit einem Teil der finanziellen Restmittel zu unterstützen. Das Haus bereichere die Theaterlandschaft, bringe junge und ältere Schauspielerinnen und Schauspieler zusammen, binde bremische freie Akteur/innen in seine Arbeit ein und bereichere somit die Stadt um eine neue Farbe in der Kulturlandschaft. Die Einrichtung sei künstlerisch wie wirtschaftlich hoch anerkannt, und dies werde durch die Förderung auch von Seiten der öffentlichen Hand gewürdigt. Frau Emigholz bittet darum, dass der Kulturbeutel e.V. für sein Projekt einen Antrag auf Förderung stellen möge; ein derartiger Antrag liege bislang nicht vor. Sie weist darauf hin, dass das Kulturressort bei der Antragsstellung unterstützend tätig werden könne.

Die Deputation beschließt einstimmig:

1. Die Deputation für Kultur stimmt der vorgeschlagenen Mittelverwendung für das Bremer Kriminaltheater und für das Europäische Kulturerbejahr in Höhe von 26 TEUR zu.
2. Die Deputation für Kultur bittet um einen Verwendungsvorschlag der offenen 5 TEUR für die Juni-Sitzung.

TOP 8 WLAN-Ausstattung der Museen

Staatsrätin Emigholz sagt, dass der Antragssteller Herr Rohmeyer der Behörde fälschlicherweise bei der Behandlung dieses Antrags Formfehler vorwerfe. Der Antrag sei ursprünglich an die Bremische Bürgerschaft gerichtet gewesen, diese habe ihn dann an die städtische Deputation für Kultur überwiesen. Zu diesem Zeitpunkt habe der Haushalts- und Finanzausschuss allerdings bereits über die Haushaltsanträge entschieden. Der Haushalt 2018/2019 sei im November 2017 genehmigt worden, da habe der hier in Rede stehende Antrag jedoch noch nicht vorgelegen. Der Antrag habe den Senator für Kultur am 5. Dezember 2017 erreicht. Somit sei die Diskussion in der Kulturdeputation am 19. Dezember 2017 erst nach der Beschlussfassung über den Haushalt in der Bremischen Bürgerschaft erfolgt. Ein Formfehler sei somit nicht erkennbar.

Staatsrätin Emigholz verweist auf einen Senatsbeschluss zur Digitalisierung. Dies sei ein attraktives Programm, an dem das Kulturressort mit Bibliothek, Museen und Archiven partizipieren wolle. Hier sei u.U. auch die Realisierung von WLAN in Teilbereichen denkbar. Sie sei entsprechend tätig geworden und werde über die weitere Entwicklung informieren.

Herr Rohmeyer gibt zu bedenken, dass es sich bei dem vorliegenden Antrag nicht um einen Haushaltsantrag handle; zudem habe der Antrag lange gelegen. Bei der gerade durchgeführten Tagung des Deutschen Museumsbundes seien viele Menschen in Bremen in den Museen gewesen. WLAN sei als Teil der technischen Ausstattung in den Einrichtungen für ihn eine Selbstverständlichkeit. Die mangelnde Digitalisierung schade dem Image Bremens. Er fragt, ob die Citytax nicht für den Bereich Digitalisierung eingesetzt werden könne. Er freue sich auf die weitere Debatte in der Bürgerschaft und werde gegen den vorliegenden Beschlussvorschlag des Kulturressorts stimmen.

Herr Crueger begrüßt die Ausführungen von Staatsrätin Emigholz und hält eine Debatte über Antragsformalien für nicht zielführend. Er gebe zu bedenken, dass die Probleme hinsichtlich des WLAN in den kulturellen Einrichtungen nicht allumfassend von der Politik ge-

löst werden könnten. Er freue sich auf die zukünftigen Entwicklungen und sei optimistisch, dass die Digitalisierung nach und nach umgesetzt werden könne.

Frau Strunge bemängelt, dass es sich bei dem Thema Digitalisierung anscheinend um eine Werbemaßnahme der CDU handle, es gebe heutzutage in Bremen durchaus wichtigere Themen als WLAN, die es zu klären gelte. Daher wolle sich die Fraktion Die Linke bei der Abstimmung enthalten. Ihr sei es wichtiger, dass der Zugang zu Museen für eine breite Bevölkerungsschicht ermöglicht werde, dies sei schlichtweg eine andere Prioritätensetzung. Sie freue sich aber, dass dieser Antrag nun zur Weiterentwicklung des Themas Digitalisierung in Museen führe.

Herr Drechsel sagt, dass er inhaltlich hinter diesem Antrag stehe und daher dem Beschlussvorschlag seitens der Behörde nicht zustimmen werde.

Herr Pirooznia erklärt, dass fast alle Museen das Thema Digitalisierung schon implementiert hätten. Die kulturellen Einrichtungen Bremens seien in der Entwicklung nicht hinterher, sie bräuchten sich keinesfalls vor den Einrichtungen anderer Städte zu verstecken. Das Thema W-LAN in Museen sei wichtig, seiner Meinung nach sollte die Entscheidung zur Umsetzung darüber jedoch den Akteur/innen selbst überlassen werden.

Herr Bolayela begrüßt die angekündigte Konzeption des Senats. Frau Dr. Greve ergänzt, dass es im Jahr 2016 eine Bestandsaufnahme zur Digitalisierung in Museen gegeben habe. Der technische Fortschritt in diesem Bereich schreite schnell voran. Es würden derzeit neue Konzepte erarbeitet, jedes Haus müsse das Thema Digitalisierung jedoch nach den eigenen Möglichkeiten und Ansprüchen umsetzen.

Die Deputation für Kultur beschließt mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen, gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP und bei Enthaltung der Fraktion Die Linke:

1. Die Deputation für Kultur nimmt den Bericht zur Kenntnis.
2. Die Deputation für Kultur empfiehlt der Stadtbürgerschaft, den überwiesenen Antrag der Fraktion der CDU „Mit der Zeit gehen: WLAN im Museum“ (Drucksache 19/517 S) in dieser Form abzulehnen.

TOP 9 Europäisches Jahr des kulturellen Erbes 2018

Herr Stahn erläutert den aktuellen Sachstand zum ECHY. Am 1. Juni werde die Ausstellung „Bremen und Skandinavien“ im Dom-Museum eröffnet. Darüber hinaus seien in der zweiten Jahreshälfte eine Reihe von Veranstaltungen zum Europäischen Kulturerbejahr geplant. Dazu liege ein Veranstaltungsflyer mit detaillierten Informationen vor. Die Aktivitäten seien nahezu komplett aus Drittmitteln finanziert. Des Weiteren sei ein erneuter Antrag für das europäische Kulturerbesiegel für den Bremer Dom in Vorbereitung.

Die Deputation für Kultur nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 10 Wahl eines Mitglieds in den Stiftungsrat der Stiftung zur Förderung des künstlerischen Nachwuchses (st art JUGEND KUNST STIFTUNG BREMEN)

Die Deputation stimmt dem Beschlussvorschlag, dass für die Dauer der laufenden Legislaturperiode Frau Wargalla in den Stiftungsrat gewählt werden soll, einstimmig zu.

TOP 11 Verschiedenes

Herr Tischer stellt die Einrichtung „Kultur Ambulanz“, vor (siehe Anlage).

Herr Rohmeyer erklärt, dass die Kultur Ambulanz lange Zeit die einzige Einrichtung in Osterholz gewesen sei, die sich dem Thema Kultur von und für Personen mit Krankheiten beschäftigt hätte. Die Weiterentwicklung der Kliniken sei unklar, daher müsse die Kultur-Ambulanz seiner Meinung nach nachhaltig finanziell unterstützt und so ihr Fortbestehen gesichert werden. Der Stadtteil Osterholz habe kein eigenes Bürgerhaus, daher würden kulturelle Angebote hier durch die Kultur Ambulanz betreut und entwickelt. Er bitte darum, die finanzielle Unterstützung der Einrichtung in den kommenden Haushaltsberatungen zu berücksichtigen.

Staatsrätin Emigholz merkt an, dass die Einrichtung eine gesellschaftspolitisch wichtige Rolle wahrnehme. Sie regt an, über die weitere Entwicklung im Rahmen der kommenden Haushaltsberatungen zu sprechen.

Frau Wargalla schlägt vor, in eine der nächsten Sitzungen Herr Börgerding, Intendant des Theaters Bremen, einzuladen. Staatsrätin Emigholz sagt, dass Herr Börgerding zu einer der nächsten Sitzungen eingeladen werde. Mit ihm seien zudem Veranstaltungen im Rahmen der Erörterungen zum Kulturförderbericht geplant.

Herr Rohmeyer fragt, in welcher Höhe die Nord-LB bzw. die frühere Bremer Landesbank Mittel für den Kulturbereich in Bremen gekürzt habe und bittet um eine Darlegung in der nächsten Sitzung.

Frau Strunge schlägt vor, dass die Liste zur Behandlung der Themenpunkte noch einmal präzisiert werden solle. Am 21. August solle das Thema Mahnmal noch einmal auf die Tagesordnung, daher solle das bitte so mit aufgenommen werden.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Frau Strunge beendet damit die Sitzung der städtischen Deputation für Kultur.



Sprecherin



Protokollführer

Teilnehmerliste

**zur staatlichen und städtischen Sitzung der Deputation für Kultur
am 16.05.2018**

im Handwerkssaal der Handwerkskammer Bremen

Da die ausgelegte Anwesenheitsliste zur obigen Sitzungen der staatlichen und städtischen Deputation für Kultur verlustig gegangen ist, werden nachstehend folgende Anwesende genannt:

1. Staatsrätin Carmen Emigholz
2. Miriam Strunge
3. Elombo Bolayela
4. Arno Gottschalk
5. Jens Crueger
6. Ulf-Brün Drechsel
7. Sükrü Senkal
8. Bernd Ravens
9. Nima Pirooznia
10. Susanne Grobien
11. Dr. Robert Hodonyi
12. Martin Michalik
13. Kai Wargalla
14. Dr. Anne Kroh
15. Claas Rohmeyer

Vertreter des Senators für Kultur:

1. Dr. Andreas Mackeben
2. Christian Kindscher
3. Alexandra Albrecht
4. Heiner Stahn
5. Sonja von Gostomski

Ständiger Gast Stadtkultur Bremen:

Ute Steineke